



**Terroristenfahndung in Hamburg\*:** Wer legte die Fünf-Kilo-Bombe?

Stahlrohre wie für eine Stalinorgel, Funkgeräte, Chemikalien, makabre Sprüche über „Drenkmann, Buback, Ponto, Schleyer“ und vor allem eine Fünf-Kilo-Bombe in einem Feuerlöscher mit Zeitzünder.

Ein fragwürdiger Fund. Denn auf wessen Betreiben das gefährliche Gerät angeschafft worden war, muß zwangsläufig wieder Zweifel wecken. Insider sagen jedenfalls, das Vorratslager sei erst vom V-Mann Loudil angelegt und Gürth geradezu aufgeschwatzt worden.

Gürth behauptet heute. Loudil habe „für den Bau eines Sprengkörpers mit Hilfe eines umgebauten Feuerlöschers“ Übungspatronen der Bundeswehr und „Unkraut-Ex“ beschafft. Loudil habe außerdem in der Wohnung Schießübungen veranstaltet. Übungsrevolver und Waffenteile angeschleppt.

Der Grünen-Abgeordnete Fruck ist deshalb sicher, daß die Entdeckung des vermeintlichen „Volksgefängnisses“ auf einer Täuschung beruht, die Bombe von den beiden V-Leuten dorthin geschafft wurde – was am Freitag voriger Woche von Albrechts Regierungssprecher Hilmar von Poser bestritten wurde.

Derweil meldeten sich auch in Salzgitter und Hannover Betroffene aus dem damaligen Sympathisanten-Milieu. Sie seien ebenfalls von Berger und Loudil aufgefordert worden, bei der geplanten Befreiungsaktion für Debus mitzumachen. Mal hätten die Provokateure Kasiber des Gefangenen vorgezeigt, um ihre Nähe zu ihm zu belegen. Mal hätten sie Handfeuerwaffen, gar eine Maschinenpistole, mitgebracht als Beweis für ihre Entschlossenheit.

\* Polizisten im Hof der Gürth-Wohnung am 30. Januar 1979.

Die Anwerbeversuche scheiterten, und fortan war von den beiden in der Terrorszene nichts mehr zu hören – sie hatten für den Verfassungsschutz ihre Schuldigkeit getan. Der eine, Loudil, setzte sich ab ins nordhessische Witzenhausen, wo seine Freundin das Gasthaus „Burghusar“ betrieb; seit den Enthüllungen über den Celler Anschlag ist Loudil verschwunden.

Der andere, Berger, landete wieder im Knast. Er hatte seine amtliche Legende benutzt, um ganz gewöhnliche Verbrechen zu verüben. Er beging Hehlerei und Urkundenfälschung, stahl und verkaufte Autos. Wegen über 30 Straftaten wurde er zu einer sechsjährigen Haftstrafe verurteilt.

Nach Überzeugung von CDU-Generalsekretär Heiner Geißler hätten die Beteiligten von damals „eigentlich einen Orden verdient“. Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann empfand für einen, „der sich bereit erklärt hatte mitzumachen“, schiere Hochachtung: „Vor ihm ziehe ich den Hut.“

## PARTEISPENDEN I

### Vom Stuhl gerissen

**Ein Brief im Besitz der Koblenzer Staatsanwälte zeigt: Helmut Kohl kannte schon als Ministerpräsident in Mainz sehr genau die Praktiken der Spendenwaschanlage.**

Bei einer Sitzung des CDU-Präsidiums nahm Schatzmeister Walther Leisler Kiep den Parteivorsitzenden beiseite. Was er denn machen solle, fragte Kiep Helmut Kohl, der Staatsanwalt wolle ihn im Ermittlungsverfahren gegen den Bundeskanzler wegen uneidlicher Falsch-

sage vernehmen. „Am besten“, entgegnete der Oggersheimer, „gehst du da gar nit hin.“ Kiep solle die Aussage verweigern.

Der tat nicht, wie ihm geheißen. Er wollte nicht dastehen als einer, der etwas zu verbergen hat. Wenige Tage später – am 17. April – traf er sich in Frankfurt mit dem Koblenzer Oberstaatsanwalt Hans Seeliger zu einem mehrstündigen Gespräch.

Das Erlebnis mit dem Staatsanwalt beeindruckte den Zeugen Kiep nachhaltig. Noch am vorigen Dienstag, bei einem abendlichen Beisammensein mit Alt-Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger, vertraute er dem 82jährigen an: Er könne sich nicht vorstellen, daß die Ermittlungen eingestellt würden.

Begonnen habe der Koblenzer Staatsanwalt, berichtete Kiep später in Bonn, die Vernehmung mit direkten Fragen: ob und wann Kiep denn mit Helmut Kohl über die steuerliche Problematik von Parteispenden-Waschanlagen wie der „Staatsbürgerlichen Vereinigung e.V. 1954 Köln/Koblenz“ (SV) gesprochen habe.

Vor dem Untersuchungsausschuß des Mainzer Landtags hatte Kohl Mitte Juli 1985 ausgesagt, während seiner Amtszeit als rheinland-pfälzischer Ministerpräsident (1969 bis 1976) habe er von der Existenz der „Staatsbürgerlichen Vereinigung“ zwar gewußt, ihm sei aber nicht bekannt gewesen, daß die SV „der Spendenbeschaffung diene“.

Zweimal verneinte der Kanzler entsprechende Fragen, auch will er nicht gewußt haben, „inwieweit das steuerlich relevant war oder nicht“. Der grüne Bundestagsabgeordnete Otto Schily zeigte den Kanzler deshalb wegen uneidlicher Falschaussage an, der Koblenzer Staatsanwaltschaft reichten die Verdachtsmomente für die Eröffnung des Ermittlungsverfahrens. Durch seinen Anwalt präzisierte Kohl inzwischen seine Aussage. Nun stellte er klar, er habe damals wohl die SV als Spendensammelstelle der CDU gekannt. Daß die Umwegfinanzierung illegal gewesen sei, habe er aber nicht gewußt.

Kiep ließ in seinen Antworten gegenüber Ermittler Seeliger Vorsicht walten, obwohl er nur geringe Lust spürte, den Bonner Regierungschef zu schonen. Das Verhältnis zwischen den beiden Unionspolitikern ist zerrüttet. Der Schatzmeister weiß, daß Kohl ihn am liebsten abgelöst sähe. Schon auf dem letzten CDU-Parteitag in Essen versuchte der Vorsitzende Kieps Wahl zu hintertreiben. Nur wegen der Mahnungen des Generalsekretärs Heiner Geißler, der Mann wisse zuviel und dürfe jetzt nicht fallengelassen werden, verzichtete Kohl auf seinen Plan. Er blockierte jedoch alle Versuche Kieps, wieder ein Bundestagsmandat zu bekommen.

Bei seiner Vernehmung aber war Kiep in der Klemme. Aus eigenem Interesse konnte er dem Oberstaatsanwalt nicht

gut sagen, ob er sich mit dem damaligen Ministerpräsidenten Kohl über den illegalen Spendenwaschbetrieb in der SV ausgetauscht habe. Schatzmeister Kiep, gegen den ebenfalls ein Ermittlungsverfahren in Spendensachen läuft, hätte sich womöglich selber wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung in Schwierigkeiten gebracht. So beließ er es lieber bei Andeutungen.

1971, erzählte er, habe er bei Übernahme des Parteiarnes 13 Millionen Mark Schulden vorgefunden. Dann sei der Wahlkampf 1972 mit all seinen Kosten dazugekommen. Vordringlich habe er sich deshalb um die aktuelle Kassenlage kümmern müssen. Erst später seien ihm Bedenken über die Umstände der Parteienfinanzierung gekommen. Leider aber seien seine – selbstverständlich im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden unternommenen – Versuche, gemeinsam mit SPD und FDP eine neue, rechtlich einwandfreie Grundlage zu finden, fehlgeschlagen.

Seeligers Zwischenfrage, ob Kiep denn das 1958 vom Bundesverfassungsgericht erlassene eindeutige Verbot steuerbegünstigter Parteispenden größeren Umfangs nicht gekannt habe, wich Kiep aus: Er sei kein Jurist, sondern politischer Praktiker gewesen. Und die „Staatsbürgerliche Vereinigung“, 17 Jahre vor seinem Amtsantritt als Schatzmeister zum Wohle der Parteien gegründet, sei ihm wie eine „Gralsrunde“ erschienen, in der die Spitzen von Industrie und Politik, darunter alle früheren CDU-Kanzler, sich getroffen hätten.

Daß es die SV gab und welchem Zweck sie diene, das habe natürlich auch der Ministerpräsident Helmut Kohl gewußt. Kiep zu Seeliger: „Das wußte jedermann.“

Jedem in der Unionsspitze sei der Charakter der Einrichtung bekannt gewesen, ebenso wie die Tatsache, daß die SV Spenden an die CDU weiterleitete.

Aber er habe, fuhr Kiep fort, mit Kohl nicht über das Thema SV diskutiert. Es habe auch keinen Anlaß gegeben, sich im Gespräch mit Kohl „mit der Technik“ dieser Institutionen, also den Einzelheiten der Spendenwäscherei, zu befassen.

Erst 1979, nachdem das Bundesverfassungsgericht frühere Urteile bekräftigt hatte, wonach die Parteien nicht gemeinnützig im steuerrechtlichen Sinne und Spenden dementsprechend nur begrenzt steuerlich absetzbar seien, will Kiep eingehend mit Kohl über die bis dahin üblichen Umwegfinanzierungen gesprochen haben. Zu jener Zeit, da sei er sich ganz sicher, habe er mit dem Parteivorsitzenden auch darüber geredet, daß die krummen Touren der Spendenwäscherei über die „Staatsbürgerliche Vereinigung“ nicht mehr angingen.

Nun könne man nicht länger „bona fide“, guten Glauben, geltend machen, habe er, Kiep, zu Kohl gesagt. Der habe das akzeptiert und auch dem Wunsch zugestimmt, die Landesschatzmeister der CDU zu informieren, daß Spenden nur noch steuerlich korrekt entgegengenommen werden sollten und der Umweg über die SV ein Ende haben müsse.

Kiep glaubte, mit dieser Aussage Kohl aus der Gefahrenzone herausgehalten zu haben. Denn 1979 war der CDU-Vorsitzende längst nicht mehr Mainzer Ministerpräsident, sondern Oppositionsführer in Bonn. Kohls Aussage vor dem Untersuchungsausschuß bezog sich nur auf seine Regierungszeit in Rheinland-Pfalz.

Doch dann zog der Staatsanwalt einen Brief hervor, dessen Inhalt den Zeugen Kiep, wie er später vor Vertrauten schilderte, „vom Stuhl gerissen hat“.

Das Schreiben ist ein klarer Beleg dafür, daß Kohl auch als Mainzer Ministerpräsident intimen Einblick in die Spendengeschäfte der SV besaß, sich sogar selber in die illegale Geldbeschaffung eingeschaltet hat.

Es handelte sich um einen beschlagnahmten Brief aus dem Jahre 1975. Absender war Hermann Stech, Mitbegründer eines „Arbeitskreises Privater Versicherer“, der namhafte Politiker mit Spendengeldern vornehmlich aus der Versicherungswirtschaft bediente. Adressat des Schreibens war Karl Heinz Wessel, Generaldirektor der



**Oberstaatsanwalt Seeliger**  
Überraschung für den Zeugen

Raiffeisen- und Volksbanken-Versicherungsgruppe.

Stech schrieb, Wessel möge doch bitte dafür sorgen, daß ein für Helmut Kohl bestimmter Spendenbetrag von 25 000 Mark an die Staatsbürgerliche Vereinigung überwiesen werde. Er, Stech, habe Rücksprache mit dem Ministerpräsidenten genommen und dabei erfahren, daß Kohl selber mit der Staatsbürgerlichen Vereinigung erfolgreich über eine für ihn vorteilhafte Provisionsregelung verhandelt habe. Danach sei die SV bereit, auf den sonst üblichen Provisionsabzug von zehn Prozent der Spende zu verzichten und sich im Falle Kohl mit einem zweiprozentigen Anteil zu begnügen.

Was Kiep denn zu diesem Brief sage, fragte Seeliger. Wer sich derart vertraut mit Provisionsätzen zeige wie Kohl, der müsse doch wohl mehr als bloß oberflächliche Kenntnisse von der SV als Spendensammelstelle gehabt haben;



**Parteifreunde Kohl, Kiep:** „Am besten gehst du da gar nit hin“

Kiep antwortete lediglich, der Brief überrasche ihn „unendlich“.

Seeliger war für eine weitere Überraschung gut. Er präsentierte dem Zeugen eine handschriftliche Notiz des früheren SV-Geschäftsführers Hans Buwert, mit der merkwürdigen Überschrift „Chuzbe!“. In dem Vermerk aus dem Jahre 1980 hielt Buwert fest, daß eine für Kohl bestimmte Spende des Hauptgeschäftsführers der Landesvereinigung Rheinland-Pfälzischer Unternehmerverbände, Günther Herzog, über 100 000 Mark erst als Berufsverbandsspende deklariert werden sollte, dann aber doch über die Staatsbürgerliche Vereinigung geschleust worden sei. Abgeholt habe das Geld der rheinland-pfälzische CDU-Landesgeschäftsführer Hans Terlinden.

Kiep gab an, ihm sei der Vorgang unbekannt. Doch er verhehlte dem Staatsanwalt gegenüber nicht, daß ihn der Zeitpunkt der Operation störe – ein Rückfall in alte Praktiken. Er habe sich doch mit dem Parteivorsitzenden 1979 darüber verständigt, daß fortan keine Spenden mehr über die SV laufen sollten.

Als Kiep später mit Kohl und Schäuble über seine Vernehmung sprach und dabei erwähnte, Seeliger habe einen freundlichen Eindruck gemacht, erfuhr er, was seine Parteifreunde von dem Oberstaatsanwalt halten: Er sei „böswillig“ und „bösgläubig“ und habe es nur darauf abgesehen, Kohl zu schaden.

## PARTEISPENDEN II

### Animus auctoris

**In Bayern haben Parteispendensünder wenig zu fürchten. Justizminister August Lang ist selber Vorsitzender eines als Geldwaschanlage enttarnen Vereins.**

August Lang, 57, römisch-katholisch, Rechtsanwalt aus der Oberpfalz, gehört in der facettenreichen CSU zu den auffallenden Erscheinungen.

Schon als Fraktionsvorsitzender trotzte er („Nur über meine Leiche“) dem allmächtigen Bayern-Herrscher Franz Josef Strauß, wenn ihm dessen Politik nicht paßte. Die Opposition sah bereits eine „geschichtliche Figur innerhalb der CSU“ heranreifen, einen „Baum, an dem sich Strauß immer wieder wundreibt“.

So wunderte es viele Parteifreunde, als Ministerpräsident Strauß den oberpfälzischen Juristen 1982 als Justizminister ins Kabinett berief. Lang legte danach zwar seinen Fraktionskosennamen „Gustl“ ab, blieb aber auch im neuen Amt August der Starke.

Eigene Parteifreunde, die in örtlichen Bürgerinitiativen gegen die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf protestierten, zieht er der „Volksverhetzung“.



CSU-Spezis Strauß, Lang: Scheinheiliges unter Heiligenscheinen

Der SPD warf er im Landtag sogar eine Aktionsgemeinschaft mit Terroristen vor. Seither zieht die Opposition – Novum in der bayrischen Nachkriegsgeschichte – immer geschlossen aus, wenn Lang redet.

Nur: Gegen seinen alten Widersacher Strauß sagt Lang seit seinem Amtseid als Minister nichts mehr. Offenbar wurde der vorlaute Oberpfälzer mit Erfolg in die Kabinettsdisziplin eingebunden. Einige wenige in der Partei vermuten sogar, daß er dabei mit Bedacht in das Amt des Justizministers berufen worden ist. Denn August Lang ist seit Jahren in Geldgeschäfte verwickelt, die sich mit seinem Amt nur schwer vereinbaren lassen.

Was von Langs engsten Parteifreunden sorgfältig als Geheimnis gehütet wird, spielt in seiner oberpfälzischen Heimat. Dort führt er den mächtigen Bezirksverband der CSU und sorgt stets für Wahlergebnisse gut über sechzig Prozent. In seiner Heimatstadt Weiden gehört er zu den hochgeachteten Honoratioren, seit langem sitzt er dort auch im Stadtrat.

Außerhalb des Rathauses, des Parlaments und auch des Kabinetts tat sich Lang stets in christlicher Nächstenliebe hervor. Denn er ist Vorsitzender des „Christlichen Sozialwerks Weiden in der Oberpfalz e. V.“, das praktischerweise in seinem Stimmkreisbüro in der Hochstraße residiert und von einer Schwägerin des Ministers mitbetreut wird – ein barmherziges Familienunternehmen, so scheint es, das sich nach Auskunft des Sekretariats um die Alten der Stadt mit Bastelabenden und kleinen Reiseveranstaltungen kümmert.

Der Greisen-Verein aus der Oberpfalz war aber merkwürdigerweise auch Industrie- und Kaufleuten aus Nordrhein-Westfalen geläufig – jedenfalls schickten

sie immer wieder mal fünfstellige Summen nach Weiden.

Der üppige Geldsegen fiel erstmals 1974 einem Beamten der Oberfinanzdirektion Köln auf, vor allem, weil bei Betriebsprüfungen neben den steuermindernden Spendenquittungen des gemeinnützigen Vereins aus Weiden auch Dankschreiben bayrischer Politiker gefunden wurden.

Die Kölner machten die Kollegen beim Finanzamt Weiden auf den Fall aufmerksam. Die Überprüfung der Konten von Langs Sozialwerk ergab, daß die generösen Geldzahlungen aus dem fernen Westen nicht verzeichnet waren: Die Weidener Finanzbeamten hatten so unversehens eine oberpfälzische Geldwaschanlage für politische Spenden entdeckt.

Die Sonderfunktion des 1968 gegründeten Sozialwerks war steuerrechtlich zwar anrühlich. Doch der Fiskus in Weiden begnügte sich mit dem Entzug der Gemeinnützigkeit am 8. Oktober 1974. Die Spender mußten nicht einmal die Steuern nachzahlen. Die Empfänger kamen ungeschoren davon.

Auch Vereinsvorsitzender Lang, der im November 1974 Chef der CSU-Fraktion im Landtag wurde, wußte sich zu helfen.

Seine nun nicht mehr gemeinnützige Einrichtung in Weiden überließ er großzügig einem befreundeten Kohlenhändler namens Jakob Eger – und erfreute sich fortan lieber an einem nur fünf Kilometer entfernten Tochterunternehmen, dem „Christlichen Sozialwerk im Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab“. Denn dieser Verein bekam schon drei Wochen nach der Gründung im Jahre 1975 das für die Spender attraktive Prädikat der Gemeinnützigkeit.

Schon lief alles wieder wie am Schnürchen. Die Schnapsfabrik „Rola“ aus